

## **Euro-Krise**

### **Deutschland in Europa - übermächtig und isoliert**

Bundeskanzler Helmut Kohl führte den Euro ein, um die Europäisierung voranzutreiben. Das Gegenteil trat ein. Was wir nun erleben, ist die Isolierung Deutschlands und eine Gereiztheit gegen unser Land. Von Dominik Geppert

Bei allem Enthusiasmus für die europäische Einigung war Bundeskanzler Kohl sich bewusst, dass sein Entgegenkommen in der Währungsfrage gegen traditionelle deutsche Positionen verstieß. Er habe seine Entscheidung "gegen deutsche Interessen" getroffen, sagte er dem amerikanischen Außenminister James Baker drei Tage nach dem entscheidenden EG-Gipfel in Straßburg im Dezember 1989. Aber der Schritt sei politisch wichtig gewesen, weil Deutschland Freunde brauche.

Die gegenwärtige Krise hat diese Überlegung als Trugschluss entlarvt. Statt durch die Aufgabe der D-Mark Freunde zu gewinnen, sieht sich Deutschland in Europa Feindseligkeit und Misstrauen gegenüber, wie zu keinem Zeitpunkt seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Die Politik der Einbindung und Selbsteinbindung Deutschlands stößt an ihre Grenzen - nicht durch bösen Willen, sondern weil dem Dilemma der deutschen Größe durch diese Form der Europäisierung nicht beizukommen ist.

Angela Merkels Politik der kleinen Schritte potenziert das Problem weiter. Sie setzt die idealistische Überhöhung der Währungsunion fort, indem sie Europa mit dem Euro identifiziert: "Scheitert der Euro, dann scheitert Europa." Zugleich bekennt sie sich jedoch zu der Maxime, keine deutschen Finanzhilfen zu gewähren, ohne damit die Forderung nach Strukturreformen in den Schuldnerländern zu verbinden.

#### **Diktat der Bundesbank**

Auf diese Weise ist sie in einen klassischen Zielkonflikt geraten: Auf der einen Seite erklärt die Kanzlerin den Euro zur Existenzfrage Europas. Dadurch hat sie das Schicksal des Kontinents an den Zusammenhalt der Währungsunion gekoppelt. Diese Sichtweise ist kontraproduktiv, da sie die deutsche Politik um jeden Preis an den Erhalt der Einheitswährung in ihrer jetzigen Zusammensetzung kettet. Damit kann Deutschland die Schuld am "Ende Europas" zugeschoben werden, wenn die Bundesregierung irgendwann einmal nicht mehr zu weiteren Garantien, Krediten und Hilfszahlungen bereit sein sollte.

Auf der anderen Seite knüpft Angela Merkel den deutschen Beistand für die Schuldnerstaaten an konkrete Konditionen, mit denen sie ihre Vorstellungen von der Krisenlösung durchsetzen möchte. Vor diesem Hintergrund fürchten die anderen Europäer heute nicht mehr wie früher das Diktat der Bundesbank bei der Festlegung der Zinssätze.

Sie fühlen sich um politische Kernkompetenzen betrogen und der demokratischen Selbstbestimmung in ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik beraubt. Deutschland habe sich zur

Hegemonialmacht des Kontinents aufgeschwungen, heißt es deswegen in anderen Ländern immer öfter, zumindest sei es im Begriff, dies zu tun.

### **Zurück zu Bismarck**

In Wirklichkeit ist Deutschland nicht zur Hegemonialmacht Europas geworden, auch nicht zu einem "Hegemon wider Willen", wie der Konstanzer Staatsrechtler Christoph Schönberger annimmt. Eine deutsche Vormacht würde nicht nur an den europäischen Verträgen scheitern, sondern mehr noch am Widerstand der anderen europäischen Staaten, zumal Frankreichs und Großbritanniens.

Deutschland hat vielmehr im Euro-Raum wieder jene halbhegemoniale Stellung inne, die schon die Lage des Bismarckreiches in Europa kennzeichnete. Einerseits ist es zu stark, um sich in die Institutionen der Währungsunion einzufügen, und zu mächtig, um dort als Gleicher unter Gleichen zu agieren. Andererseits aber, das wird zunehmend deutlich, ist das Land auch zu schwach, um im Rest der Euro-Zone die deutsche Politik durchzusetzen.

Vor allem wird es nicht gelingen, anderen Ländern dauerhaft eine nachhaltige Haushaltspolitik aufzuzwingen, die deren politischen und ökonomischen Traditionen und Mentalitäten widerspricht. Es droht vielmehr die Isolierung Deutschlands. Nicht nur der Bundesbankpräsident ist im Rat der EZB isoliert. Auch die Kanzlerin wirkt im Europäischen Rat inzwischen oft genug recht einsam. Die Bundesregierung steht mit ihrer Strategie der Krisenbewältigung durch Schuldenbegrenzung innerhalb der Euro-Zone mittlerweile allein auf weiter Flur.

### **Die drohende Isolierung**

Finanzielle Solidität und europäische Einigung befinden sich erstmals in der deutschen Nachkriegsgeschichte miteinander in Widerspruch. Statt eine stabile Währung zu exportieren, hat die Bundesrepublik die Folgewirkungen geldpolitischer Schwäche von ihren europäischen Nachbarn importiert. Statt mit der Aufgabe der D-Mark die europäische Einigung unumkehrbar zu machen, ist mit dem Euro der Fortgang des Integrationsprozesses so ernsthaft wie nie zuvor in Frage gestellt.

Statt mit der Währungsunion ein für alle Mal aus den Zwängen der halben Hegemonie und der drohenden Isolierung zu entkommen, stellen sich die Fragen von Vormacht und Ausgrenzung Deutschlands in Europa heute in verschärfter Form.

Keine der bislang diskutierten Strategien zur Rettung der Währungsunion wird Deutschland aus dieser Zwangslage befreien. Setzt sich die Bundesregierung, was unwahrscheinlich genug ist, mit ihren im Fiskalpakt formulierten Forderungen nach strikter Haushaltsdisziplin und schmerzhaften Strukturreformen zumal in den südeuropäischen Ländern durch, werden von dort dauerhaft Proteste gegen ein deutsches Diktat und eine neo-imperiale Politik Berlins zu hören sein.

## **Übermächtiges, schwaches Deutschland**

Obsiegen umgekehrt, wonach es immer mehr aussieht, jene Kräfte, die ein noch stärkeres finanzielles Engagement der Bundesrepublik fordern, dann werden die Transfers innerhalb der Währungsunion Ausmaße annehmen, die keine Bundesregierung dem deutschen Steuerzahler mehr begreiflich machen kann.

Größe und Wirtschaftskraft unseres Landes wären in einem weiteren und lockereren Verbund, der auch Großbritannien, Schweden, Dänemark, Polen und die anderen ostmitteleuropäischen Staaten gleichberechtigt einschließt, leichter auszutarieren und für alle Beteiligten erträglicher zu gestalten als in einem wirtschaftlich und fiskalisch festgezurrtten, engeren Euroraum mit süd- und westeuropäischer Schlagseite, in dem Deutschland einerseits übermächtig erscheint, sich aber andererseits in einer ständigen Minderheitenposition und Isolationsgefahr befindet.

Quelle: DIE WELT